

DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 42 Villacher Stadtrecht
Der Gemeinderat der Stadt Villach
möge nachstehende Resolution
diskutieren und beschließen:

Dringlichkeit: Ja Nein
Inhalt: Zustimmung
 Ablehnung

Resolution

gerichtet an
die österreichische Bundesregierung

Gemeinsam für eine starke Zukunft: Entlastung und Stärkung der Kommunen, Förderung der Infrastruktur und sozialer Gerechtigkeit

Der Villacher Gemeinderat fordert eine rasche Neuverhandlung des FAG, um den Städten und Gemeinden in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheiten ein ausgeglichenes Wirtschaften und dringend benötigte finanzielle Spielräume zu ermöglichen. Die aktuelle Krise mit steigenden Kosten und sinkenden Einnahmen setzt die Gemeinden unter Druck, ihre Aufgaben in Bereichen wie Bildung, Pflege, Gesundheit und Infrastruktur weiterhin zu erfüllen.

Ohne eine gerechtere Verteilung der Mittel können die Kommunen wichtige Investitionen in die lokale Wirtschaft und Infrastruktur nicht umsetzen. Diese Investitionen sind essenziell, um Arbeitsplätze zu sichern, die Klimaziele zu erreichen und die Lebensqualität in den Regionen zu erhalten. Zusätzlich benötigen die Gemeinden finanzielle Entlastung, um den wachsenden Sozialausgaben und dem steigenden Investitionsbedarf gerecht zu werden. Mehr finanzielle Autonomie würde den Kommunen ermöglichen, flexibler und effizienter auf die lokalen Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger einzugehen.

Die Neuverhandlung des FAG ist daher entscheidend, um den Gemeinden die notwendigen Mittel und Spielräume für ihre zukünftigen Aufgaben und Investitionen zu sichern.

Schlüsselmaßnahmen für Städte und Gemeinden im zukünftigen Regierungsprogramm:

Pflegeberufe sollten als Schwerarbeit anerkannt werden, damit langjährige Pflegekräfte ohne Abschläge in den Ruhestand gehen können. Ebenso ist eine Fachkräfteoffensive im Bereich der frühkindlichen Bildung nötig, begleitet von finanzieller Entlastung der Kommunen für Betreuungsplätze.

Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden muss erhöht werden, damit sie ihre Aufgaben in Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialen Diensten aufrechterhalten können. Zudem sind gezielte Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, erneuerbare Energien und energieeffiziente Bauprojekte notwendig, um Klimaziele zu erreichen.

Schließlich ist eine umfassende Digitalisierung der kommunalen Verwaltungen wichtig. Fördermittel für den Ausbau digitaler Infrastrukturen sind erforderlich, um moderne Verwaltungsdienste und E-Government-Lösungen anbieten zu können.

Basierend auf diesen Überlegungen und Erläuterungen wird daher der

Antrag

gestellt, der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

1. Diesem Antrag die Dringlichkeit im Sinne des § 42 des Villacher Stadtrechtes zuzuerkennen.
2. Der Villacher Gemeinderat fordert die zukünftige österreichische Bundesregierung sowie alle im Parlament vertretenen Parteien auf, die in dieser Resolution formulierten Anliegen und Vorschläge in ihre Planungen aufzunehmen und umzusetzen. Ziel ist es, die Regionen, Städte und Gemeinden in Kärnten nachhaltig zu stärken, um den künftigen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Neuverhandlung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), um den Gemeinden – als wichtigste Träger der kommunalen Infrastruktur und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie als zentrale Investoren in die kommunale Wirtschaft – eine langfristige und stabile Perspektive zu sichern.